

SONDERAUSGABE 15 Jahre Städtepartnerschaft HARARE - MÜNCHEN März – April 2011

ALLGEMEINE INFORMATION

Seit über 2 Jahren gibt es in Simbabwe eine Regierung der Nationalen Einheit (Government of National Unity, GNU), von Südafrika, als Vertreter der SADC (Southern Africa Development Community) durchgesetzt. In dieser sollen die Partei von Präsident Robert Mugabe, ZANU PF und die Partei des Premierministers, Morgan Tsvangirai MDC T und eine Splitterpartei, MDC M/N zusammenarbeiten. Ein Vertrag, (Global Political Agreement, GPA) sieht Konsultationen der Parteiführer und Kooperation zwischen den Parteien vor. Ministerien sind aufgeteilt zwischen den Parteien; ZANU PF aber, kontrolliert die Ministerien, die mit nationaler Sicherheit, Bergbau, Wirtschaft und Landwirtschaft zu tun haben, die Ministerien für Finanz, Energie, Gesundheit und Bildung unterstehen Ministern der MDC, das Innenministerium ist geteilt.

Einiges im Lande hat sich dadurch verbessert, zB wurde die marode Währung, Zimbabwe Dollar aufgegeben, dafür können Zahlungen in US Dollar, Südafrikanischen Rands, Botswana Pula usw getätigt werden. Es gibt wieder Lebensmittel und anderen Güter in den Läden, allerdings hauptsächlich aus dem Ausland und teuer. Es gibt Verbesserungen im Schulwesen, der Gesundheitsfürsorge und der Wasserversorgung. Die Landwirtschaft erholt sich langsam nach der planlosen und gewalttätigen Übernahme kommerzieller Farmen.

Leider ist es nicht zu den vorgesehenen Konsultationen und Kooperation gekommen. Mugabe und ZANU PF haben die Bedingungen der GPA nicht erfüllt, „Was gilt, sind die Entscheidungen des Politbüro, nicht die vom Kabinet“ (Prof. John Makumbe, Universität von Simbabwe) und wollen sie (angeblich) erst erfüllen wenn die MDC ihren Einfluss erfolgreich einsetzt, um die von westlichen Ländern gegen Mugabe und viele seiner Anhänger verhängten Einreiseverbote, Einfrierung von Konten usw sowie Waffenembargo gegen Simbabwe zu beenden. IWF und Weltbank beschränken ihre Hilfe, da Simbabwe mit Milliarden bei ihnen in der Kreide steht.

Konsultationen wurden 2010 veranstaltet, um die Wünsche der Bevölkerung für eine neuen Verfassung zu ermitteln (wurden aber weitgehend von ZANU Anhängern sehr clever „gekapert“.) Nach Verabschiedung einer neuen Verfassung, Einsetzen einer unabhängigen Wahlkommission und Revision der hoffnungslos veralteten Wählerverzeichnisse, soll es unter Aufsicht der Southern African Development Community, SADC, Neuwahlen geben.

LANDWIRTSCHAFT

Obwohl es erheblich mehr Tabak zum Verkauf gab als 2010, wurden die Einnahmen wegen fallenden Tabakpreisen nicht höher.

16.3. UN Agenturen und anderen NROs wird es verboten, Untersuchungen zu den Ernteaussichten und dem Lebensmittelbedarf durchzuführen mit der Begründung, diese Informationen seien „Fragen der nationalen Sicherheit“. FAO und WFP haben seit Jahren regelmäßige Untersuchungen in Simbabwe durchgeführt um festzustellen, wie viele Menschen Lebensmittelhilfe von den internationalen Hilfsorganisationen benötigen.

Die Zeitung *The Zimbabwean* berichtet, dass importiertes „mealie meal“, Hauptlebensmittel der Simbabwe, an der Grenze abgefangen und konfisziert wird. Aus den Läden wird es im Namen der Lebensmittelsicherheit beschlagnahmt. (Der Import ist nötig, wenn einheimische Getreide zur Neige geht und importiertes Getreide ist auch billiger.)

FINANZ / WIRTSCHAFT

Unter dem „**Indigenisation and Economic Empowerment Act**“ sollen bei ausländischen Firmen (im Wert über 500 000\$) eine Mehrheit der Anteile in die Hände (schwarzer) Simbabwe übergehen. Der genaue Prozentsatz soll je nach Branche variieren. Ein Problem dabei, abgesehen von einigen übermäßig Reichen, (meistens ZANU-Funktionären oder zumindest -Anhänger), fehlen den meisten Simbabwe die Mittel, diese Anteile zu kaufen. Der Minister für Youth, Empowerment and Indigenisation, Kasukuwere, redet von Plänen, einen „Sovereign wealth“ Fonds zu gründen, um dies zu ermöglichen. Kasukuwere nennt 51% der Anteile als die Regel für den Bergbau. Finanzexperten fragen sich, woher das Geld dafür kommen soll. Tsvangirai, der gerade versucht hatte, ausländische Investoren bei einer Investorenkonferenz zu beruhigen, reagierte gereizt. Besonders die Bergbaugesellschaften sind unsicher, ob sie sich aus Simbabwe ganz zurückziehen sollten und dadurch den endgültigen Verlust ihrer Rechte an massiven Platin- und anderen Reserven an

Investoren zB. aus China zu riskieren, oder ob sie versuchen sollten, mit der Regierung neue Verträge auszuhandeln.

29.3. Die Regierung von Simbabwe veröffentlichte die radikalen Durchführungs-bestimmungen für die Übernahme von 51% der Anteile von ausländischen Bergbaufirmen durch schwarze Simbabwe. Sie betreffen alle Firmen, nicht nur, wie bisher vorgesehen, diejenige in Wert von über US\$ 500 000. Sie haben 45 Tage, um einen „Indigenisations-Plan“ vorzulegen. Der Preis der Anteile wird mit dem Ministerium zusammen festgelegt: es ist davon die Rede, dass alle Mineralien sowieso dem Staat gehören, was als ein Hinweis gedeutet wird, dass der Preis möglichst niedrig sein soll. Implats, der größte Produzent von Platin, verkaufte schon 33% seine Bergwerkskonzessionen an die Regierung, die sie aber nicht an schwarze Simbabwe weitergab sondern an Russische und Chinesische Firmen verkaufte.

17.3. Die Inflation in Simbabwe fiel in Februar auf 3%.

18.3. der größte Zementhersteller in Simbabwe Lafargue Cement gab einen wesentlichen Anstieg seiner Geschäfte im Jahr 2010 bekannt. Auch andere Industrieunternehmen berichten von Verbesserung im Zuge der Erholung des Landes aus dem wirtschaftlichen Tief. Ein Team der IWF hält zur Zeit seine jährliche Konsultationen in Harare.

21/22.3 **Chinas Vize Premierminister Wang und eine bedeutende Delegation, einschließlich der Präsident der Import-Export Bank von China besuchten Harare**, um einige Wirtschaftsabkommen zu besiegeln. Darlehen im Wert von fast US\$ 700 Mio. wurden vereinbart; US\$ 342 Mio für die Landwirtschaft, US\$ 99,5 Mio. für medizinisches Gerät und Medikamente, US\$ 144 Mio. für den Umbau der Wasserversorgung und Abwasserleitungen in Harare. Die Regierung bekam ein Darlehen von US\$ 102 Mio. und zwei Zuschüsse im Wert von je US\$ 14 Mio. „Wir sehen mit Freude, dass die China Development Bank sich auf den Gebieten Energie, Bergbau, Landwirtschaft, Industrie und Tourismus engagiert“, sagte Vize Präsidentin Mujuru, „Dadurch wird unsere Ökonomie wachsen.“ Chinesische Ärzte werden auch noch kostenlos, Augenoperationen durchführen. Wang machte es klar, dass die Chinesen erwarten, dass ihre Unternehmen in Simbabwe von der Bestimmung, dass die Mehrheit der Anteile ausländischer Firmen in die Hände schwarzer Simbabwe übergehen sollen, ausgenommen sein würden.

Zimbabwean, 24-30.3 Japan hat Simbabwe US\$5 Mio. für Verbesserungen in der medizinischen Versorgung von Müttern und Säuglingen und für Projekte gegen Gewalt gegen Frauen zur Verfügung gestellt. US\$2 Mio. ging an das WFP für Lebensmittelhilfe.

25.3. Der neue Vorsitzender des *Kimberly Process*, scheint eigenverantwortlich, dem Verkauf von **Diamanten** aus den sehr reichen aber umstrittenen Feldern Marange/Chiadzwa zugestimmt zu haben. Die *Kimberly Process* wurde gegründet, um zu verhindern, dass so-genannte „Blutdiamanten“ in den Handel kommen. In Marange/Chiadzwa wo der simbabwischen Armee große Brutalität bei der Verhinderung von „inoffiziellen“ Schürfern nachgesagt wird, dürfen Firmen arbeiten, die mit dem Ministerium für Bergbau verbunden sind. Diamanten werden offensichtlich illegal (im Mosambik) verkauft, davon profitiert hauptsächlich die ZANU F. Von dem Erlös der 2010 legal per Auktion verkauften Diamanten bekam das Finanzministerium nur einen kleinen Bruchteil. Viele namhafte Firmen warnen ihre Mitglieder davor, Diamanten aus Marange/Chiadzwa zu kaufen.

The Zimbabwean, 25.-30.3. Ein offizielles Dokument, das vom Kabinett zur Zeit studiert wird, listet die **Geldsummen auf, die gebraucht werden, um Infrastruktur instand zu setzen und die Wirtschaft anzukurbeln**. Die größten Summen werden für die Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Müllentsorgung in vielen Städten benötigt, aber auch Wasser- und Kohlekraftwerke, Krankenhäuser und Schulen müssen renoviert oder neu gebaut werden, die Eisenbahn modernisiert, Glasfaser zur Verbesserung des Internetzugangs gelegt, Schlaglöchern in den Straßen beseitigt, der Flughafen von Victoria Falls, wo viele Touristen landen, umgebaut werden usw. An die **US\$ 16 Milliarden** werden benötigt.

POLITIK

Am 3.März wurden Tausenden von Menschen mit allen möglichen Transportmitteln nach Harare gebracht, um an einen „Rally“ teilzunehmen, wo sie Zeugen der Unterschriften von 30 Menschen gegen die westliche „Sanktionen“ waren, feurige Reden zuhören durften und immer wieder „Down with sanctions“ rufen. Mugabe will 2 Millionen Unterschriften sammeln und an die „Schuldigen am Niedergang von Simbawbes Wirtschaft“ senden will. Er argumentiert, dass die Sanktionen gegen Wenige doch der Allgemeinheit erheblich geschadet haben. Die Rücknahme von Sanktionen soll ein Hauptthema des kommenden Wahlkampfes sein. Weitere Veranstaltungen überall im Land wurden geplant aber nur spärlich besucht. 30.3. Lehrer in der

Provinz Mashonaland West klagten gegenüber „ZimOnline“, dass ZANU PF Aktivisten in die Schulen gekommen sind, um Unterschriften für ihre „Weg mit den Sanktionen“-Listen zu sammeln. Nicht nur Lehrer, sondern auch Schüler sollten unterschreiben. Der ZANU PF Vorsitzender in Mashonaland West sagte, alles sei in Ordnung; auch die Schüler werden von den Sanktionen betroffen und seine Partei wolle unbedingt 2 Millionen Unterschriften zusammenbringen.

16.3. Nachdem 2010 ein Richter des High Court eine Klage gegen die Wahl des **Lovermore Moyo (MDC T) als „Speaker“ des Parlamentes** als „grundlos und ohne irgendwelche Berechtigung“ abgelehnt hatte, entschied die Supreme Court (das höchste Gericht in Simbabwe) dass der Wahlvorgang tatsächlich irregulär und unrechtmäßig gewesen ist. Tsvangirai weigerte sich, diese Entscheidung anzuerkennen. Er redete von „Politiker, die Richter spielen.“

Am gleichen Tag, wurde der MDC-Minister für Energie, Mangoma verhaftet, weil er unrechtmäßig einen Auftrag ohne Ausschreibung an eine südafrikanische Firma erteilt haben soll. Tsvangirai beschrieb die Festnahme als „politische Verfolgung.“ *The Zimbabwean 24-30.3.* Mangoma wurde später entlassen aber ihm drohen weitere Klagen wegen der Bestellung von Stromzählern... es scheint, dass Elemente, die die Umstrukturierung von halb-staatlichen Firmen in seinem Bereich und die Suche nach verschwundenem Geld nicht mögen, den Minister zu Fall bringen wollen. Der Prozess wurde an 28.3. eröffnet.

22.3. Die Wahl eines neuen „Speakers“ wurde aus unklaren Gründen, auf unbestimmte Zeit verschoben. Das Unterhaus des Parlamentes (House of Assembly) kann infolgedessen nicht weiter arbeiten. Die MDC klagt gegen die Aufschiebung. Die Wahl dann doch fand am 29.3. statt. Gewonnen hat wieder Lovermore Moyo nachdem die kleinere Fraktion der MDC mit der MDC T zusammen gestimmt hat. Sturm im Wasserglas?

19.3. Bei seiner Rückkehr von einer Reise zu verschiedenen Staaten der SADC sagte Tsvangirai, er habe deren Regierungen über die sich verschlechternde politische Situation in Simbabwe informiert. "Die GNU ist durch die Streitereien zwischen den Parteien arbeitsunfähig geworden." Die Polizei verbot eine „Friedenskundgebung“, wo Tsvangirai eine Reden halten sollte. (Die Begründung, die ZANU PF habe eine Kundgebung in einem nahegelegenen Ort angemeldet und die Polizei habe nicht genügend Kräfte für Beide.) Weitere Treffen der MDC in verschiedenen Landesteilen wurden ebenfalls verboten.

Eine Sitzung des Kabinetts am 24.3., um die Lage der GNU zu erörtern, brachte keine spezifischen Ergebnisse. Tsvangirai gab eine Zusammenfassung und Bewertung der Fortschritte in der GPA und nach der Informationsquelle schien Mugabe „ehrlich darüber überrascht zu sein, dass nicht alle Vereinbarungen erfüllt worden sind“. Eine zweite Quelle bemerkte gegenüber ZimOnline „und dies ist der gleiche Mugabe, der in seinen Reden seinen Anhängern versichert, dass die ZANU PF ‚keine weitere Konzessionen machen wird, ehe die Sanktionen zurückgenommen werden‘.“ Da scheinen Fragen zu seiner Zurechnungsfähigkeit berechtigt zu sein!

.....
The Zimbabwean, 10.März. Der juristische Beobachterorganisation „Veritas“ schlägt Alarm wegen eines Gesetzesvorhabens, das zur Zeit im „Legal Committee“ des Parlamentes diskutiert wird. Die „General Laws Amendment Bill“ soll „Zeit sparen“ bei parlamentarischen Beratungen. Es wurde aber u.A. der Regierung das Recht geben, viele offizielle Dokumente geheimzuhalten, die Veröffentlichung von Berichten über Prozesse zu verbieten und es fast unmöglich machen, gegen die Reserve Bank of Zimbabwe (RBZ) vorzugehen usw. .

MENSCHENRECHTE / JUSTIZ

Die 46 „Aktivisten“ die am 19. Februar beim Anschauen eines Videos über die Unruhen in Nordafrika verhaftet wurden, **werden wegen Landesverrat angeklagt.** Ihr Rechtsanwalt sagte, sie wurden auch zusammengeschlagen, bekamen aber keine medizinische Hilfe. Am 7.3. fand ein Magistrat keinen Grund für eine Anklage gegen 39 der Gruppe, die anderen wurden ohne Begründung, zurück ins Gefängnis gebracht. 8.3. Der UN Commissioner for Human Rights und Amnesty International haben die Verhaftung und Misshandlung der Aktivisten verurteilt. 17.3. Die restlichen 6 Angeklagten durften das Gefängnis gegen Kautio verlassen. Der Richter sagte, die Beweise gegen sie seien „schwach“ und, da die Regierung die Namen der Zeugen geheim halte, sei es unwahrscheinlich, dass die Angeklagten sie kontaktieren würden. Nur bewaffnete Polizisten erschienen in Harare Gardens wo angeblich eine riesige Demonstration gegen Mugabe stattfinden sollte. Lokale Menschenrechtsgruppen bestritten, dazu aufgerufen zu haben. Der Ruf kam von der „Zimbabwe Vigil“ in England, wo eine große Demo, mit Besuch von „Mudaffi“ tatsächlich

stattgefunden hat. Die Atmosphäre in Harare, wo Lastwagen der Armee durch die Straßen fahren ist gespannt.

7.3. die Zimbabwe Human Rights Association (Zimrights) ruft die Regierung von Simbabwe dazu auf, die systematische Vergewaltigung von Frauen, als Strafe, z.B. für die politische Überzeugungen ihrer Ehemänner oder anderen männlicher Verwandter zu beenden. Immer mehr Frauen leiden unter Vergewaltigung, Drohungen und physische Gewalt aller Art, weil Männer in der Politik aktiv sind.

9.3. Die Polizei in Bulawayo, hat öffentliche Veranstaltungen zur Feier des Internationalen Frauentags am 8. März verboten, aus Angst, sie könnten in Demonstrationen gegen die Regierung ausarten. Einige Frauen wurden vorübergehend festgenommen.

12.3. wurde der Direktor von „Crisis in Zimbabwe“, Lewanika, verhaftet. Vorher hatten Polizisten das Büro von Zimbabwe Human Rights Forum besucht und nach dem Direktor gefragt, der nicht anwesend war. Es scheint eine konzertierte Aktion im Gang zu sein, um Aktivisten der MDC und Funktionäre von an Menschenrechten interessierten NGOs zu verhaften. Schon „Dutzende“ sind in Haft und dadurch an ihre Arbeit gehindert. (siehe auch oben) Die Strukturen der MDC sind erheblich gestört. Die Partei nennt die Klagen „erfunden“.

Der bekannte Menschenrechtsanwalt Alec Muchadehama bekommt den „Lawyer for Lawyers“ Preis 2011.

Alarm von Amnesty International! Die Polizei sucht Jenni Williams und Madong Mahlangu von WOZA. Ihnen werden lange Gefängnisstrafen angedroht. Die WOZA-Frauen haben zwar gegen allerlei Missstände in Simbabwe demonstriert, aber immer ohne irgendwelche Gewalt anzuwenden. Beide Frauen sind oft im Gefängnis gewesen.

GESUNDHEIT/SOZIALES

Von Sokwanele, 10.3. FRAUEN in SIMBABWE.

- . Lebenserwartung, 33Jahre, 5 Monate. Die niedrigste in der Welt.
- . 880 Sterbefälle pro 10 000 Geburten (von lebenden Kindern)
- . 30% der Geburten finden ohne professionelle Hilfe statt.
- . 12% der Kinder in Simbabwe sterben vor dem 5. Geburtstag
- . Frauen im Parlament, 9%. Auch in anderen Gremien sind Frauen sehr unterrepräsentiert.
- . Etwa 80% der Ehen werden noch „ traditionell“ geschlossen, was für die Frauen beim Tod des Ehemann den Verlust des Eigentums bedeutet.
- . Etwa 18% der Frauen befinden sich in polygamen Ehen, wodurch ihre Eigentumsrechte wiederum beschnitten werden.
- . Kinderlose Frauen werden verjagt, auch die, die als Witwen nicht an einen Bruder des Toten verheiratet werden wollen.
- . Kinderehen sind häufig. 21% der Mädchen werden vor dem 18. Geburtstag verheiratet. Das Risiko, HIV zu bekommen ist hoch und hindert die Mädchen an weiterer Ausbildung.
- . 38% der Frauen in Simbabwe sind Opfer von psychischer, sexueller und/oder körperlicher Gewalt gewesen. Es wird immer häufiger von Vergewaltigung, Inzest und sexueller Belästigung berichtet.
- . Häusliche Gewalt ist häufig in allen Gesellschaftsschichten. (Viele Frauen bejahen es sogar!) 60% der Mordfälle, die im High Court verhandelt werden, haben damit zu tun. (ZWRN)
- . 54% der Frauen, die wegen häuslicher Gewalt Beratungsstellen aufsuchen, haben auch sexuell übertragene Krankheiten.
- . Über 80% der Bevölkerung lebt in Armut.
- . Die Arbeitslosigkeit beträgt um die 93%
- . Eine von drei erwerbstätige Frauen berichtet von sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. Frauen sind hauptsächlich in den Niedriglohnsektor zu finden.
- . Die Alphabetisierungsrate in Simbabwe ist mit 86% bei Frauen hoch, aber durch Ebbe in der Staatskasse und politischer Unsicherheit bedroht.
- . FGM ist in Simbabwe selten.

Sokwanele gibt zu, dass inzwischen einige Statistiken sich verschlechtert haben können.

Nur 8% der Kinder zwischen 6 – 23 Monaten bekommen ausreichend und qualitativ befriedigende Nahrung. Der Finanzminister bestätigte auf Anfrage, dass Präsident Mugabe US\$Mio. aus der Staatskasse bekommt, wenn er zur medizinische Versorgung nach Asien fliegt. In den letzten 4 Monaten machte das US\$ 12 Mio.

HARARE

Das Auto des deutschen Botschafters, Conze wurden in Harare angegriffen und ein Fenster zerschlagen.

Obwohl der Botschafter einen Bericht an die Polizei schickte, reagierte diese nicht. Conze bekam viele Solidaritätsbekundungen.

VERSCHIEDENES

In einem Pastoralbrief verurteilen die Simbabwe Bischofskonferenz, der Simbabwe Rat der Kirchen und die „Evangelical Fellowship of Zimbabwe“ die Eskalation der Gewalt. „Die Kirchen sind besorgt über Berichte von politisch motivierter Gewalt in den Provinzen Mashonaland, Masvingo, Manicaland und Harare, verursacht durch das Wiederaufleben der Strukturen, die schon vor der Wahl 2008 politische Gewalt ausgeübt haben.“ Die Kirchen bemerken eine deutliche Einseitigkeit und Mangel an Unparteilichkeit seitens der Polizei und der Sicherheitskräfte, Hetzsprache in den von ZANU PF Kontrollierten Medien, sowie Drohungen und Einschüchterung durch wiedererstandene Milizen- und Schlägergruppen überall im Lande. Nationale Versöhnung kommt zu langsam voran. Sie bitten die Politiker, in sich zu gehen und doch vor einer Wahl die noch ungelöste Streitfragen friedlich zu lösen.